

Die Sozialpolitik demontiert den Sozialstaat

Rasende Gerechtigkeit

Von Gerd Held

Die Sondererhöhung der Renten ist drei Wochen alt. Wer gehofft hatte, damit sei es nun gut, sieht sich getäuscht. Es geht erst richtig los. Schon hat man eine neue Gerechtigkeitslücke bei der Rente entdeckt. Am letzten Freitag wurde das Wohngeld mal eben um 60% erhöht. Bald wird sich auch hier ein Herr Rüttgers finden, der feststellt, dass der eine mit harter Arbeit für seine warme Wohnung sorgen muss, während der andere das Geld so aufs Konto bekommt. Also wird man eine neue Subvention erfinden. Allerdings haben wir ja auch noch die Probleme des Mittelstandes... Es gibt eine Spirale der Sozialpolitik: Eine Benachteiligung wird durch eine Maßnahme ausgeglichen. Damit entsteht eine neue Ungleichheit, die nach einer neuen Zuwendung ruft. Am Ende ist die ganze Gesellschaft von einem feinen, unüberschaubaren Netz von Zuwendungen überzogen.

Diese Spirale der kleinen Schritte hat immense Folgen. Der Freiburger Ökonom Bernd Raffelhüschen hat schon 2006 anhand der langfristigen Versorgungszusagen bei Rente, Gesundheit und Pflege berechnet, dass die Staatsverschuldung nicht, wie offiziell ausgewiesen, 1,5 Billionen Euro beträgt, sondern 7,1 Billionen. Seither sind es noch mehr geworden. Gerade haben neue Zusatzleistungen bei der Pflege den Bundesrat passiert, ohne jede Klärung der mittelfristigen Finanzierbarkeit. Mit der gleichen Nonchalance hat man die gültige Rentenformel kurzerhand außer Kraft gesetzt.

An diesem Punkt entsteht ein Verdacht: Es findet im Grunde gar keine Sozialgesetzgebung mehr statt, sondern nur noch eine tägliche Verordnungspolitik, bei der Maßnahme auf Maßnahme folgt. Diese

Verordnungspolitik schafft eine Parallelstruktur zur Normalität der Sozialversicherungen. Wer den Sozialpolitikern und den Sozialfunktionären, die jetzt das Wort führen, aufmerksam zuhört, kann feststellen, dass ihnen nicht nur der Markt als „sozial kalt“ gilt, sondern auch die Normalität der gesetzlichen Sozialversicherung. Hier wird ständig hineinregiert. Ein wachsender Teil der Sozialleistungen gehört zur Verschlembasse der normalen Haushalte.

Die ursprüngliche Idee der Sozialversicherung war eine ganz andere. Es sollte ein stabiler Reservefonds gebildet werden, der allen sozialen Schichten eine Verstetigung der Lebensführung ermöglichte. Nicht der ständige Wechsel von Brot und Hunger sollte regieren, auch nicht die milde Gabe für den Nächsten, sondern ein stabiler Kapitalstock. An die Stelle der „Schatulle des Königs“ sollte ein besonderes, gesetzlich geschütztes Anlagevermögen treten, das vom Hineinregieren der Tagespolitik getrennt sein sollte. Nicht Umverteilung sondern Verstetigung war der Kerngedanke. Die moderne Sozialversicherung zivilisiert, indem sie von der Barbarei des Hier und Jetzt befreit. Sie bietet ein Gemeingut, an dem jeder nach seiner Leistung teilhaben kann, und das es möglich macht, die Risiken von Berufs- und Ortswechsel, von Strukturwandel und von wechselhaftem Unternehmenserfolg auszuhalten.

Die gegenwärtige Politik der Sozialverordnungen – und mit dieser Politik wird die Große Koalition wohl in die jüngere deutsche Geschichte eingehen – beschädigt unsere gesetzliche Sozialversicherung. Sie demontiert den Sozialstaat, in dessen Namen sie zu handeln vorgibt. Sie verschiebt auch die Macht im Staate. Die Politik der Sozialverordnung schafft ihr eigenes, gut

eingespieltes und medienwirksames Netzwerk. Sein Einfluss in den Volksparteien steigt. Bereits im Juni 2006 wurde die Bundeskanzlerin mit dem Wort zitiert, sie habe „nicht die Kraft gehabt“, sich bei der Einführung des Antidiskriminierungsgesetzes gegen die Senioren-Union in der CDU durchzusetzen.

Eins aber ist sicher: Der soziale Frieden in unserem Lande wird auf diesem Wege

nie erreicht werden. Die Spirale der sozialen Ausgleichsmaßnahmen wird zu keinem Ende kommen, denn sie bildet kein wirkliches Gemeingut. Sie wird den ewig vergleichenden Blick auf den Nächsten, der vielleicht mehr Zuwendung bekommen könnte, nicht los. Wo so die gesetzliche Sozialversicherung untergraben wird, entsteht mitten in der täglich beschworenen Solidarität...die Ellenbogengesellschaft.

(Manuskript vom 29.4.2008, erschienen als Leitartikel in der Tageszeitung „Die Welt“ am 2.5.2008)